

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Preis für Preßburg:
Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.;
vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's
Haus per Monat 18 kr.; einzelne
Nummern 4 kr.

Auswärts mit Post bezogen:
Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl.
50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr.

In Preßburg abonniert man bei der
Administration:
Apponyigasse Nr. 10.

Das Recht.

Inserate
werden bei der Administration des
Blattes angenommen und kosten:
Die 4-mal getheilte Petitzeile bei
einmaliger Einschaltung 4 kr., meh-
rmalig entsprechender Rabatt; jedes-
malige Stempelgebühr 30 kr.
Zeitungsbestellungen und Zuschriften
erbittet man sich frankirt; unver-
seggelte Reclamationen wegen nicht
erhaltener Nummern sind portofrei.
Manuscripte werden nicht zurückgeschickt.

Redaction: Breimeergasse Nr. 177.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Nr. 7.

Dienstag 11. Januar 1876.

V. Jahrgang.

Preßburg, 10. Januar.

Die cisleithanischen Minister haben Budapest zu jener Zeit verlassen, welche in Aussicht genommen war. Die handelspolitischen Verhandlungen sind somit vorläufig sistirt, — ohne daß uns bekannt wäre, mit welchem Ende diese Sistirung eingetreten ist und aus welchen Gründen eine Vertagung der Weiterberatung auf unbestimmte Zeit erfolgen mußte. Die Geheimhaltung der Details der Verhandlung, etwaiger Feststellungen oder Differenzen war die willkommenste Gelegenheit für alle Neugierdekrämer — und deren gibt es nicht wenige — mit den verschiedensten Kombinationen die Welt zu alarmiren, so daß dies Anlaß bot, offiziös erklären zu lassen, daß die Geheimhaltung bis zur endgiltigen Entscheidung noch vor Beginn der Verhandlungen und zwar nicht auf Initiative der ungarischen Minister beschlossen wurde, und demnach hieraus keinerlei Schlüsse gefolgert werden können. Ferner bringt der „P. U.“ ein Communiqué, demzufolge die beiden Regierungen die Verhandlungen über die Fragen, welche zwischen den beiden Hälften der Monarchie in der nächsten Zukunft zur Lösung gelangen müssen, wegen anderer Regierungsgeheimnisse für kurze Zeit unterbrochen haben, und werden diese Verhandlungen demnächst fortgesetzt und zum Abschluß gebracht werden. — Der Verlauf der im Geiste gegenseitiger Billigkeit geführten Verhandlungen berechtigt zu der Hoffnung, daß in kürzester Zeit diese Fragen eine ge-
deihliche Lösung finden werden.

Wenn nun diesen Mittheilungen mit Sicherheit zu entnehmen ist, daß bis jetzt kein Abbruch der Verhandlungen eingetreten, eben so gewiß leuchtet es aus denselben hervor, daß allerdings die Hoffnung einer gedeihlichen Lösung auf Grund gegenseitiger Billigkeit nicht aufgegeben sei, zu dieser vielmehr der bisherige Ton der Verhandlungen berechtigt, daß aber bisher keine Nachgiebigkeit weder auf der einen, noch auf der andern Seite zu verzeichnen ist, mit deren Hilfe die bisher trennende Kluft überbrückt werden könnte.

Die Zeit, in welcher die handelspolitischen Verhandlungen in Wien fortgesetzt werden, ist heute noch nicht festgestellt und hängt vom Ende der Beratungen ab, welche der österreichische Minister-rath, dem die in Budapest gewesenen Regierungsmitglieder jetzt über die Conferenzen referiren werden, demnächst pflegen wird. Sobald dieselben beendet sein werden und hierüber in Budapest eine Meldung einlangt, begeben sich die ungarischen Minister, möglicherweise anfangs nur die beiden Ressortminister, nach Wien.

Was wir wünschen, ist, daß diese Zwischenzeit nicht wieder von den beiderseitigen Organen ausgebeutet werde, um selbst den redlichsten Intentionen unmöglich zu machen, den Einklang zwischen Reichs- und Sonderinteressen herzustellen.

„Ja, Bauer, das ist was ganz And'res!“

V. Das bunte Heer unserer Culturlämpfer, die bewußten Gottesfeinde sowohl, wie die blöde Masse ihrer Nachbeter in Preußen sowohl wie in Oesterreich und wo sie sonst noch grassiren, haben es den glaubenstreuen Katholiken zum schwersten Vorwurf gemacht, daß sie ihre religiöse Ueberzeugung nicht dem Majoritätsbelieben, was man jetzt Gesetze nennt, unterordnen wollen. Daß sie lieber Vererbung, Gefängniß, Proskription erdulden, als

Gott verjagen, was Gottes ist: das Bekenntniß der Wahrheit. In dem „liberalen“ Musterstaate Baden gab ein Minister das Schlagwort aus: „Das Gesetz ist das öffentliche Gewissen.“ Es gibt keinen Grad von Hohn, Schimpf und Zorn, der nicht in Zeitungen und Parlamenten über die christlichen Leugner der Staatsomnipotenz ausgegossen wäre.

Wir haben nun unlängst unseren Lesern mitgetheilt, daß in Breslau ein Standesbeamter Namens Hofferichter sich geweigert hat, einen Zeugeneid abzulegen, da er Atheist sei und als solcher nicht an einen persönlichen Gott glaube. Nach den bestehenden Gesetzen, die im Culturkampf hundertmal gegen Priester und katholische Redakteure in Anwendung gebracht sind, ohne daß ein liberaler Hahn auch nur darnach gekräht hätte, sollte Hofferichter nun durch Gefängniß zur Eidesablegung gezwungen werden. Statt sich dieser Prozedur zu unterziehen, die in Preußen mitunter sehr unangenehm und von langer Dauer sein kann, zog der bedrohte Atheist und Standesbeamte es vor, über die Gränze zu verschwinden und diese Maßregel von Trautenau aus sehr plausibel zu begründen. Als der Bischof von Paderborn sich dem anmuthigen Wechsel zwischen Gefängnißstrafe und Internirung in der Festung Wiesel dadurch entzogen hatte, daß er über die holländische Gränze gegangen war; als der Fürstbischof von Breslau, um jahrelanges Gefängniß zu vermeiden, sich in den österreichischen Theil seiner Diocese zurückgezogen hatte, da häuften unser süßer Zeitungspsöbel aller Orten maßlosen Schimpf und Spott auf diese Bischöfe. Weit lieblicher läßt derselbe Psöbel sich über den Fall Hofferichter vernehmen. Die „Magdeburger Zig.“ schreibt: „Auf neue Gefängnißstrafen glaubte Hofferichter es nicht ankommen lassen zu dürfen, da seine schwächliche Constitution durch die bereits erlittene Gefängnißstrafe erheblich gelitten und er die Verpflichtung hat, soweit es ihm möglich, seiner Familie den Ernährer zu erhalten, dessen dieselbe noch dringend bedarf. Da er andererseits sich nie entschließen wird, einen Eid unter Anrufung eines höchsten Wesens zu leisten, an dessen persönliche Existenz ihm zu glauben unmöglich, so blieb ihm kein anderer Ausweg als die Abreise. Es ist für einen im Greisenalter stehenden Mann, der so liebenswürdig und angesehen dasteht (Hofferichter ist auch Stadtverordneter von Breslau), doch ein sehr hartes Schicksal, daß er die fröhliche, gemüthbewegende Zeit von Weihnachten und des neuen Jahres außer seinem Familientreibe auf fremdem Boden zubringen muß.“

So mißt der Liberalismus immer in zweierlei Maß; über den Glauben der Katholiken steht nach ihnen der Staat mit absoluter Gewalt; über den Unglauben Hofferichters wird ihm keine Zugestanden. Der Atheist wird wie ein Märtyrer seines Gewissens mit rührender Zärtlichkeit bedauert. Er kann das Gefängniß nicht ertragen, das Weihnachtsfest nicht im Familientreibe feiern, seine Flucht wie sein Widerstand werden glorifizirt.

Auch in anderer Beziehung ist der Fall lehrreich. Wie viel hat der „Liberalismus“ nicht über Toleranz gesprochen, wie hat er die Glaubensfreiheit verherrlicht! Jetzt sehen wir aber deutlich, daß es sich um gar nichts Anderes gehandelt hat, wie um die Freiheit des Unglaubens. Auch für die Erklärung der Tiroler Verhältnisse ist der Breslauer Vorgang instructiv. Der Fall mit dem atheistischen Standesbeamten beweist uns, daß die

Institutionen, ohne welche wir uns kaum ein staatliches Zusammenleben vorstellen können, bei allgemeiner Freiheit der Religion oder Religionslosigkeit durchaus nicht von Bestand bleiben können. Denn Hofferichter hat von seinem Standpunkte als Atheist nur ganz correct und wahrheitsgetreu gehandelt, als er sich weigerte, einen Eid abzulegen, unter Anrufung eines höchsten Wesens, an dessen Existenz er nicht glaubt. Der Eid hat nur einen Sinn und eine sittliche Berechtigung in einem Volke, welches den Glauben an einen persönlichen Gott als ausnahmsloses Gemeingut besitzt, anderenfalls wird er zur Unsitlichkeit, zur Lüge. Will der Staat nun den Eid aufrecht erhalten, so ist er genöthigt, von allen seinen Angehörigen als Voraussetzung ihrer Berechtigung im Staate zu existiren, den Glauben an einen persönlichen Gott zu fordern. Auch dies ist eine Glaubenseinheit, welche sich von derjenigen, die unsere Vorfahren beanspruchten und welche heute noch das Land Tirol festhält, nur dadurch unterscheidet, daß sie durch ihren homöopathisch verdünnten und willkürlich beschränkten Inhalt schwerlich auf die Dauer aufrecht zu erhalten ist.

Die mittelalterliche Voraussetzung der Staatsangehörigkeit war die Angehörigkeit an die kathol. Kirche; nach der sog. Reformation trat an deren Stelle die Forderung der Angehörigkeit zu einer der drei anerkannten Glaubensgemeinschaften. Jetzt, nachdem unser christliches Niveau bis auf den Gefrierpunkt gefallen, haben wir nur die Wahl, entweder die Einheit des Glaubens an einen persönlichen Gott zu fordern, oder aber uns der Forderung der Einheit des allgemeinen Unglaubens zu unterwerfen und unsere staatlichen Institutionen, die größtentheils schon darauf beruhen, vollends in dieser Richtung consequent zu modifiziren.

Graf Ferdinand Zichy's Broschüre.

So weit es uns die aus der Hauptstadt eingelangten Berichte bis jetzt ermöglichen, gedanken wir einer jüngst erschienenen Broschüre des Grafen Ferdinand Zichy, eines hervorragenden Mitgliedes der Opposition der Rechten. Sie trägt den Titel: „A közigazgatási bizottság“ (Der Verwaltungsausschuß) und kritizirt vom Standpunkte der Partei im Geiste einer unseren Bedürfnissen entsprechenden Reform die bisherigen Versuche der vorhergegangenen Ministerien, um dann den Tisza'schen Entwurf über die Verwaltungsausschüsse in's Auge zu fassen und mit den Worten zu markiren, daß es der letzte Fehlgriff auf dem Versuchsgebiete der administrativen Reform sei. — Graf Zichy beleuchtet die Stellung der Opposition der Rechten zu diesem Gesetzentwurfe; er verurtheilt den geplanten Verwaltungsausschuß und führt aus, daß derselbe die Autonomie völlig illusorisch mache, ohne aber im Geringsten die Garantie einer guten Verwaltung zu bieten. Graf Zichy hält eine radikale Reorganisation des administrativen Organismus für nothwendig und schließt die Flugschrift mit folgenden Aeußerungen: Die Reform der Administration ist eine Frage, zu welcher die öffentliche Meinung und die Nationalvertretung entschieden Stellung nehmen müssen. Wie gruppiren sich diesbezüglich die Ansichten der öffentlichen Meinung und der Parteien? Die Regierung und ihre Partei hatten in dieser Frage kein Programm und konnten auch

keines haben, ja sie umfassen auch in dieser Beziehung die auffälligsten Gegensätze. Das Programm der Opposition der Rechten stellt mit der Verwaltung der Administration deren fachgemäße und systematische Handhabung als Ziel hin und knüpft ihren Plan an die Ernennung der Komitatsbeamten. Als Negation dieses Programmes wird der Regierung bei ihrem Schweigen die Wählbarkeit der Komitatsbeamten als Programm imputiert. So war die Lage bis zur Einbringung des in Rede stehenden Gesetzesentwurfes beschaffen.

Heute steht es anders. Heute bildet die Regierung zum großen Theil aus ernannten Beamten jenen Ausschuß, welcher berufen sein soll, die Jurisdiktionen zu verwalten, und auf diesem Umwege unterordnet sie sich die Komitate und die gewählten Komitatsbeamten. Wir erblicken in einem aus solchen Elementen gebildeten Ausschusse die Negation des Komitates und der Selbstverwaltung, und als solchen weisen wir ihn zurück. Heute sind wir die Vertheidiger der Autonomie, die Regierung aber, welche deren Erhaltung und Weiterentwicklung im Munde führt, greift sie an.

Die Broschüre erschien gerade einen Tag früher, als die Debatte über den Tisza'schen Entwurf im Reichstage beginnt, sie wird daher in letzter Stunde noch zur Klärung der Anschauung beitragen, um so die Pflicht der Opposition zu erfüllen und die liberale Partei vor dem Schritte zu warnen, den sie in geistiger Unterthänigkeit unternehmen, aber auch die Geschichte unserer Verwaltung mit einer neuen Niederlage gesunder Principien bereichern wird.

Aus dem Reichstage.

Budapest, 8. Januar.

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses eröffnet Präsident Koloman Tisza nach kurzer Begrüßung der Mitglieder um 11 Uhr und meldet, daß Ihre Majestäten die Glückwünsche des Hauses zum neuen Jahre dankend, und huldvoll entgegengenommen haben. (Lebhafte Ehrenrufe.) — Es wird hierauf der im Sinne der Hausordnung abgefaßte Bericht des Präsidenten über die erledigt gebliebenen Anträge, Interpellationen, Gesetzesentwürfe verlesen. Im Interpellations- und Anträge-Buch ist keinerlei Antrag oder Interpellation vorgemerkt; folgt die Tagesordnung: Die Verhandlung der 7. Serie der Petitionen. Sämmtliche Gesuche werden den Ausschüßanträgen gemäß erledigt, mit Ausnahme der Gesuche der Advokatenkammern von Stuhlweissenburg und Karlsburg, um Bewilligung der Porto- und Stempelfreiheit. Die Petitionen, die bereits einmal vom Justizminister abweislich entschieden worden waren, wurden dem Gesamtministerium übergeben. Nachdem hierauf noch bestimmt worden war, daß am Montag, 10 Uhr Vormittag, die Berathung des Gesetzesentwurfes über die Verwaltungsausschüsse beginnt, schließt der Präsident um 12 Uhr die Sitzung.

Sitzung des Oberhauses.

Präsident Julez-Curiae Georg v. Majláth eröffnet die Sitzung nach halb 1 Uhr und meldet zunächst, daß Ihre Majestäten die Gratulationen anlässlich des Neujahrstags huldvollst entgegenzunehmen geruht haben; ferner, daß das Pesther Kriminalgericht in einer Zuschrift die Mittheilung machte, daß der des Betrages angeklagte Baron Josef Keviczky wegen Unzulänglichkeit der Beweise freigesprochen worden sei. — Der Schriftführer des Abgeordnetenhauses, Bóthy, überbringt den mit Rumänien abgeschlossenen Handelsvertrag. Derselbe wird dem ständigen Dreier-Ausschüß zugewiesen. Endlich wird Graf Nikolaus Bánffy als Mitglied des Disziplinargerichtes beedigt und die Sitzung nach Authentifikation des Protokolls geschlossen.

Politische Uebersicht.

Bresburg, 10. Januar.

Die „B. C.“ schreibt: Die Generaldebatte über den Gesetzesentwurf betreffs der Verwaltungsausschüsse dürfte, wenn sie nicht zu große Dimensionen annimmt, interessant werden. Es wird sich an der-

selben, wie wir mit aufrichtiger Freude erfahren, der nunmehr völlig genesene Dr. Paul Sennyei in hervorragender Weise betheiligen und Ministerpräsident Tisza dürfte die Debatte mit einer großen Rede einleiten. Als erster Redner wird Referent Gullner das Wort ergreifen, und hierauf wahrscheinlich Ministerpräsident Tisza sprechen. Bisher sind vorgemerkt für den Gesetzesentwurf Ludwig Tisza, an zweiter Stelle ist noch kein Redner vorgemerkt; ferner Staatssekretär V. Gabriel Kemény, Emerich Balogh und Emerich Szivák. Gegen den Gesetzesentwurf sind vorgemerkt: Ludwig Mocsáry, Graf Ferdinand Bichy, Béla Komjathy, an vierter bisher freigelassener Stelle dürfte sich Dr. Paul Sennyei vormerken lassen; ferner Karl Gebbel und Stefan Zsemberly. Auch Josef Madarász ließ sich, aber als 17. Redner, vormerken. In den Kreisen der liberalen Partei hegt man die Hoffnung, daß der Gesetzesentwurf in höchstens zehn Tagen erledigt sein wird.

Als Vertreter der ungarischen Regierung begibt sich in der nächsten Woche Herr Ribáry, Ministerialrath im Communicationsministerium, zu dem auf die Trennung des Südbahnnetzes bezüglichen Verhandlungen nach Wien.

Ein Prager Blatt findet es für angemessen, die Nachricht: daß Baron Alfred Rothchild an die ungarische Regierung lebhaftere Vorstellungen gerichtet und derselben nahegelegt habe: daß die Agitation, welche die Sprache der ungarischen Presse auf dem Geldmarkte hervorruft, der Emission der ungarischen Rententitel hinderlich sei, abzurufen.

Die „B. C.“ bemerkt hierzu: Man sieht dieser Meldung sofort die Tendenz an und wir finden es nicht für notwendig, auch noch das Unsinnige dieser Meldung zu demonstrieren; wir konstatiren auf Grund authentischer Informationen, daß diese Nachricht von Anfang bis zu Ende erfunden ist und jeder Begründung entbehrt.

Wie „P. N.“ meldet, soll die Emission der ungarischen Renten-Anleihe im Laufe des Monats Februar stattfinden. Von betheiligter Seite wurde bekanntlich erst vor Kurzem mitgeteilt, daß der Zeitpunkt der Emission noch nicht festgestellt sei.

In Oesterreich ist man sehr unzufrieden mit dem negativen Ergebnisse der Pesther Conferenzen, deren Resultatlosigkeit die „Pol. Corr.“ in folgender gemündener Note zur Kenntniß des Publikums bringt: „Die k. k. Regierung der im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder und die k. ungarische Regierung haben die Verhandlungen über jene Fragen, welche zwischen den beiden Reichshälften in der nächsten Zeit zur Lösung gelangen müssen, wegen weiterer Regierungsgeschäfte für kurze Zeit unterbrochen. Diese Verhandlungen werden demnächst fortgesetzt und zum Abschluß gebracht werden. Der Verlauf der bisherigen, im Geiste gegenseitiger Billigkeit geführten Verhandlungen berechtigt zu der Hoffnung, daß in kürzester Zeit die den Gegenstand derselben bildenden Fragen eine gedeihliche Lösung finden werden.“ — Die österreichischen Minister, welche an den Pesther Conferenzen Theil nahmen, sind am Samstag nach Wien zurückgekehrt.

Die Wiener Altkatholiken, nicht zufrieden mit der Auslieferung der Salvatorkirche, welche der Gemeinderath ihnen in einer Stunde der Täuschung und der Uebereilung einräumte, verlangten durch ihren Afterspäst, einen sicheren Dr. Linder, vom Gemeinderath auch noch das Verbot des Peterspfennigs, um ihrem Haß gegen den Papst einen recht prägnanten Ausdruck zu geben. Auf Anstiften des genannten Herrn wurde nämlich vor einiger Zeit im Gemeinderathe der Antrag eingebracht: die Regierung zu ersuchen, daß im Interesse der Hauptstadt Wien, wie des Staates im Allgemeinen, das Abnehmen des sogenannten „Peterspfennigs“ verboten werde. Dieser Antrag kam in der letzten Sitzung des Magistrats zur Berathung und derselbe hat die Ablehnung empfohlen. In der Motivirung dieses Beschlusses wurde bemerkt, daß die Spenden des Peterspfennigs aus einem religiösen Gefühle hervorgehen, dem entgegenzuwirken der politischen Behörde nicht zustehe, sowie ihr auch die gesetzlichen Mittel zur Abstellung dieser Spenden fehlen; denn diese

Sammlungen dürfen nicht als öffentliche in dem Sinne angesehen werden, daß zu denselben die Zustimmung der politischen Behörden gefordert werden müsse.

Der europäische Frieden erfreut sich einer sehr schwachen Gesundheit, und auf den europäischen Börsen hält man ihn sogar für todtkrank. An der Wiener Börse herrschte am letzten Samstag eine wahre Panique, deren Grund ein doppelter war: einmal die Beforgniß, daß der Sultan das Reformproject des Grafen Andrássy nicht annehmen werde, und zweitens eine kriegerische Neujahrsrede Victor Emanuel's, welcher stark mit dem Säbel raffelte. Was den ersten Grund der Unruhe betrifft, so beeilte sich ein Wiener Abendblatt, „nach Informationen, die es an hervorragender Stelle eingezogen“, alle in Umlauf befindlichen Gerüchte, nach denen die Pforte die Absicht hätte, den Andrássy'schen Reformentwürfen sich nicht anzubequemen, für durchaus unbegründet zu erklären. Da aber die Türkei noch gar nicht in der Lage war, sich über Annahme oder Ablehnung dieses Projectes auszusprechen, so muß das erwähnte Blatt selbst den Fall einer Ablehnung als möglich in's Auge fassen, indem es schreibt:

Selbst wenn jedoch, was nicht vorausgesetzt wird, späterhin eine Ablehnung in Konstantinopel ausgesprochen werden sollte, beabsichtigt man hier keineswegs, daraus den Vorwand zu einer militärischen Operation abzuleiten. Man würde die Pforte einfach sich selbst und dem dann eintretenden Chaos überlassen. Auch falls die Insurgenten sich den Reformvorschlägen des Grafen Andrássy gegenüber feindlich verhielten, würde man schwerlich von hier aus militärisch gegen sie einschreiten. In diesem Falle aber dürfte die bisher aus Staatsmitteln den Flüchtigen aus Bosnien und der Herzegowina gewährte Unterstützung alsbald in Wegfall kommen.

Die positiven Anforderungen übrigens, welche der Vorschlag des Grafen Andrássy formulirt, sind sehr bescheiden. Denn wie die „Gazetta Italia“ erfährt, schlägt die vom Grafen Andrássy an die Mächte, welche den Pariser Vertrag unterzeichnet haben, abgeschickte Note vor, „alle Religionen auf den Fuß der Gleichheit zu stellen und die provinzielle und kommunale Autonomie herzustellen. Ferner sagt dieselbe, daß die allernothwendigste Reform für die insurgirten Provinzen diese sei, denselben die Vertheilung der Steuern zu überlassen und die Robott-Arbeit abzuschaffen.“

Es bestätigt sich, daß das Andrássy'sche Reformproject auf die Mitwirkung der Botschafter in Konstantinopel als Garantie für die Ausführung der vorgeschlagenen Reformen in den aufständischen Provinzen verzichtet hat. Dagegen soll doch ein europäischer Ausschüßrath in Aussicht genommen worden sein, zu welchem, wie man behauptet, die Dragomane der verschiedenen Botschafter herangezogen werden würden.

In Brüssel glaubt man zu wissen, daß Graf Andrássy auf die Kontrolle der Botschafter über die Reformausführungen durch die Pforte nur deshalb verzichtet habe, weil Rußland diesem Vorschlage seine Billigung vorenthielt.

England hat sich, wie verlautet, eine acht-tägige Bedenkzeit ausbebeten, binnen welcher es sich entscheiden will, ob es sich den Andrássy'schen Vorschlägen unbedingt anschließt oder ob es dieselben nur als schätzbares Material betrachte, geeignet, in weiteren Pourparlers die Grundlagen späterer Vereinbarungen abzugeben.

Aus der Neujahrsrede Victor Emanuel's an die Vertreter der Armee und der Marine theilt ein Gewährsmann der „Gazetta d'Italia“, den das Blatt als Augen- und Ohrenzeugen einführt, folgende Sätze mit: „Ich wünsche der Armee und der Flotte Ruhm und Gedeihen. Sie mögen sich stark und tüchtig bewähren. Ich werde ihrer bedürfen, um ein großes Werk zu vollbringen“ (per compiere un grande fatto). Dementirt wurden diese Worte bis jetzt nicht, obwohl die „Gazetta d'Italia“ keineswegs zu den verlässlichen Quellen gehört. Wenn sie aus dem Quirinal nicht besser berichtet ist, als aus dem Vatikan, dann ist ihr Augen- und Ohrenzeuge nicht viel werth.

Andererseits aber scheint uns doch für die Wichtigkeit der Nachricht der Umstand zu sprechen, daß sowohl die ministerielle „Opinione“ in Rom als die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ an die Wahrheit der Meldung glauben und nur den ziemlich unglücklichen Versuch machen, die Worte des Königs friedlich zu deuten. Wahrscheinlich hat Victor Emanuel, wie schon einmal bei einer früheren Gelegenheit, vorzeitig aus der Schule geschwaht. Es ist sehr zu fürchten, daß Victor Emanuel sein „großes Werk“ auf Kosten Oesterreich-Ungarns geplant hat.

Telegrammen aus Spanien vom 4. d. zufolge wäre man nach diversen Kriegsrathsitzungen und Ministerconferenzen in Madrid mit dem Feldzugsplane gegen die Carlisten, über welche man vor dem Zusammentritt der Cortes gerne einen Erfolg erringen möchte, endlich fertig geworden; auch über die Abreise Don Alfonso's zur Armee hat man einen Beschluß gefaßt, wonach „König“ Alfonso seine Reise zur Armee erst dann antreten soll, wenn die Operationen schon möglichst vorgeschritten seien, damit sich seine Abwesenheit nicht allzusehr verlängere. Das ist nicht etwa ein boshafter Witz eines humoristischen Blattes, sondern eine ernsthafte Meldung der „Agence Havas.“ Nach liberalen Nachrichten erwartet man übrigens den ersten Angriff nicht von den zu ihren Corps bereits zurückgekehrten Generalen Dueseda und Martinez Campos, sondern von dem „Sieger“ Moriones, dessen Streitkräfte freilich nach den Angaben der Madrider Blätter selbst inclusive der Besatzungstruppen nur 24,000 Mann betragen können. Die Bombardements von San Sebastian, Hernani und Brun dauern carlistischerseits ununterbrochen fort, ohne daß auch nur ein Versuch gemacht würde, die carlistischen Batterien anzugreifen. König Carl hat am 3. d. Durango verlassen, um die Verteidigungsanstalten und die Truppen zu inspizieren.

Tagesneuigkeiten.

* (S. e. t. u. f. a. p. o. s. t. M. a. j. e. s. t. ä. t.) haben — wie uns direct berichtet wird — zum Aufbaue der St. Josef's Kathedrale in Budapest den Betrag von 1000 fl. ö. W. allergnädigst zu spenden geruht.

* (Gnadengabe für die Familie Franz Toldy's.) S. e. t. u. f. a. p. o. s. t. M. a. j. e. s. t. ä. t. hat mit a. h. Entschliesung vom 3. d. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der Familie des Dr. Franz Toldy von der für das Jahr 1876 mit 4000 fl. präliminirten Landes-Ehrengabe, welche Franz Toldy gebührt hätte, 2000 fl. ausgefolgt werden, und daß dieser Vorgang durch den Cultus- und Unterrichtsminister bei der Schlußrechnung verantwortet werden könne.

* (Cardinal Tarnóczy.) Wie dem „Volksfr.“ aus Salzburg vom 7. d. geschrieben wird, hat sich der Gesundheitszustand des Cardinals sehr verschlimmert und läßt das Schlimmste befürchten.

* (Vermählungsfeier in Wien.) Samstag um 11 Uhr Vormittag fand in der Universitätskirche die Trauung der Baroness Hedwig v. Walterkirchen, Hofdame der Frau Erzherzogin Maria Theresia, mit dem bayerischen Grafen Freyßing statt. Der kirchliche Akt wurde am Hochaltare der festlich beleuchteten und decorirten Kirche im Beisein vieler Mitglieder der hohen Aristokratie vollzogen. Reiches und wahres Glück begleite die Neuvermählten auf Ihrem gemeinsamen Lebenswege!

* („Kélet Népe“) erscheint von heute an unter der verantwortlichen Redaction des Kornél Ábrányi. Herr Aurel Kecskeméthy ist aus der Redaction desselben Blattes, in welchem seinerzeit die „Magyar Politika“ ausging, mit Neujahr definitiv ausgetreten, um sich mit voller Muße den Vorstudien zu einer längeren Reise nach Amerika, die er aus Anlaß der Weltausstellung in Philadelphia anzutreten gedenkt, zu widmen.

* (Eine wahrhaft ergreifende Scene.) Die Passagiere des Personenzuges, der vorigen Montag von Debreczin nach Budapest abging, waren, wie „Debreczin“ mittheilt, Zeugen eines erschütternden Vorfalles. Als der Zug Szoboszló passirt hatte, erblickte der

Lokomotivführer trotz der fallenden Schneeflocken in der Linie der Bahn einen schwarzen Punkt und überzeugte sich bald, daß dieser Punkt ein Mann war, der auf den Schienen niedergekniet, seinem Leben auf diese schreckliche Weise ein Ende machen wollte. Nur mit größter Mühe gelang es dem wackeren Lokomotivführer, den Zug noch rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Die in Folge des mit der Dampfpeise gegebenen Warnungssignals ohnehin schon erschrockenen Passagiere sprangen nun aus den Waggons heraus und sahen jetzt den auf den Schienen knieenden alten Mann, der mit gefalteten Händen zu beten schien und ohnmächtig zusammenbrach, als man ihn aufhob und in einen der Waggons trug.

* (Zum Proceß Arnim.) Dem juristischen Vertreter des Grafen Harry v. Arnim, Rechtsanwalt Munkel in Berlin, sind die Atteste über den Gesundheitszustand des Grafen von Seiten des Gerichts mit dem Bescheide zurückgesendet worden, daß aus den Attesten sich nicht ersehen lasse, ob der gegenwärtige Zustand des Grafen dessen Verhaftung unmöglich mache, und daß in Folge dessen das Strafmandat gegen den Grafen Harry v. Arnim erlassen sei. Es liegt die Folgerung nahe, daß, da das Strafmandat wegen der Abwesenheit des Grafen Arnim aus Deutschland zur Zeit nicht vollstreckbar ist, der Erlass eines Steckbriefes demnächst erfolgen möchte.

* (Eine Verschwörung gegen die Christen.) Dem „R. N.“ wird aus Konstantinopel telegraphisch berichtet, daß eine von mehreren höheren Beamten alttürkischer Gesinnung geleitete Verschwörung entdeckt worden wäre, deren Zweck die Ermordung der christlichen Bewohner Stambuls war. Zahlreiche Verhaftungen haben stattgefunden.

* (Ein Preußenfeind.) Am Vorabend der Einführung der neuen Reichswährung bringen bayerische Blätter folgende Anekdote: Ein Baier äußerte jüngst: „Von jeder Sorte bayerischer Münzen werde ich mir ein Stück auf die Seite thun und die gesammelten Münzen einst in meine Todtenlade legen lassen, damit mich unser Herrgott nicht mit einem Preußen verwechsle.“

Localnachrichten.

** (Der Eisstoß) hat sich heute Vormittag 9 Uhr bei einem Wasserstande von 13' 10" hier festgestellt. Derselbe reicht abwärts bis Croatisch-Barndorf und erstreckt sich aufwärts schon bis Theben.

Der Liberalismus.

Eine populäre Studie.

V.

(Fortsetzung).

Der Liberalismus in Ungarn hat es auch auf die Schulen abgesehen, er hat durch die Staatschulinspektoren förmlich darnach gefischt. Es wurden verlockende Unterstüzungen jenen Schulen zugesagt, die sich unter die Schutzflügel des Staatsliberalismus stellen. Die nun auf den Leim gingen, die sind in die Krallen des Staatsgeiers gefallen, dem sie nicht mehr entfallen, dafür ist geseglich gesorgt. Man läßt sie in den Zwingern freiwillig hinein, aber nicht mehr heraus, das ist liberal!

Das Wort „confeSSIONSLOS“ hielt Viele von den Verlockungen des Staatsliberalismus ab; dieser Abscheu sollte weggeräumt werden. Man hat also das Wort „confeSSIONSLOS“ schon umgangen, um am Ende das Volk dennoch dort zu haben, wo man es haben will. Heute kennen wir schon Staatschulen, Bürgerschulen, Gemeindegemeinschaften, Volksschulen, Communal-, Simultan-, Paritätsschulen u. s. w. In allen diesen Schulen wird der confeSSIONELLE, der katholische Character mehr oder weniger zurückgedrängt, weil sie nicht mehr ausschließlich den Katholiken gehören, sondern sie gehören dem Staate, den sämtlichen Bürgern, der ganzen Gemeinde, dem Volke in Gemeinschaft mit Protestanten, Lutheranern, Calvinern, Altgläubern, Juden u. s. w., die dann Alle das Recht haben, in unsere Schulangelegenheiten leitend mitzureden, und den katholischen Character der Schule zur Zeit sogar gänzlich verschwinden zu lassen.

Schulen, die keine Stiftungen besitzen, also auf Unterstüzung anstehen, werden auf diese noble Art erobert, eingenommen; jene, die Stiftungen

haben, wie die Hochschule in Pest, denen werden diese Stiftungen freitig gemacht, um sie einzuziehen, und den katholischen Character vermischen zu können. Dahin steuert die Verschlagenheit des Liberalismus in Ungarn.

Der Liberalismus in Ungarn ist so zart und zahm, daß er bisher noch unterschieden hat zwischen Mein und Dein, zwischen Privatstiftungen und Staatsstiftungen. Während er nämlich um die Privatstiftungen der Hochschule zu Pest vor der Hand nur gestritten hat, hat er unter der Hand in Großwardein einen Domherrn ohne ein Wort in den Sack gesteckt, indem er den Unterhalt einer Domherrnstelle eingezogen hat. Das ist der Anfang. Der Appetit kommt während des Essens, sagt das Sprichwort.

Alles, was wir hier aufgezählt, und Vieles, was wir noch nicht berührt haben, war an dem Himmel unseres theueren Vaterlandes bisher nur ein einfaches Wetterleuchten, ein Blitz, der Angst und Bangen vorübergehend weckt. Nun aber steigen immer mehr Wetterwolken auf, werden immer finsterner, ziehen immer näher heran, sammeln sich über unserem Kopf und es droht eine Gefahr hereinzubrechen, die verhängnißvoll werden kann.

Der ungarische Staatsliberalismus fängt an, nach dem Muster anderer liberalen Staaten Kirchenpolitik zu treiben, er greift in das Heiligtum der Religion hinein, er rüttelt an der Heiligkeit der Ehe, die als ein Sakrament, als ein kirchlich gesegneter, unauflösbarer Bund von nahezu 8 Millionen Katholiken in Ungarn verehrt wird. Ist denn die Zahl 8,000,000 ein Nichts, eine Null in den Augen der 450 Männer am Landtage zu Pest? Wo ist die Mehrheit: bei dem Volke im Lande oder bei den Vertretern des Volkes am Landtag? Und sind diese wirklich Vertreter des Volkes im wahren Sinne des Wortes?

In der allerhöchsten ungarischen Thronrede vom 31. August 1875 heißt es unter Anderem: „Die Lösung der Religions- und Ehefragen in dem durch die Lebensbedürfnisse geforderten Maße.“ Nun hängt die Lebensfähigkeit des ungarischen Staates von der Lösung dieser Fragen ab? Nein! Diese hängt einzig und allein von der glücklichen Lösung seiner verschuldeten Finanzwirtschaft und von einer geschickteren Durchführung seiner Nationalpolitik ab. Man verlangt Brod, Arbeit von der Staatsregierung und diese beschäftigt sich mit Ehefragen.

Fordern diese Regelung „der Religions- und Ehefragen“ die Lebensbedürfnisse der 8 Millionen Katholiken? Nein! diese waren bisher zufrieden mit der Sakramental-Ehe, die von der Kirche geschlossen, von ihr gesegnet wurde. Heute sollen ihre Lebensbedürfnisse angeblich anders geworden sein, die eine Zivil- oder, besser gesagt, eine Liberal-Ehe notwendig machen. Glaube das, wer es kann!

Fordern diese Regelung „der Religions- und Ehefragen“ die Lebensbedürfnisse der Nichtkatholiken in Ungarn? Diese sind erstens Alle zusammen weniger als die Katholiken; zweitens: regelt man wegen Nichtkatholiken katholische Religionsangelegenheiten, so heißt das: die kath. Religion der Mehrheit wegen der Religion der nichtkatholischen Minderheit im Lande beschränken und kränken. Wo ist hier das gleiche Recht für Alle?

(Fortsetzung folgt.)

Feuilleton.

Fest gebaut!

Erzählung aus dem Leben von Erwin Freimuth.
(Original-Feuilleton des „Recht“.)

IX.

(Fortsetzung.)

„Ob er nicht gegen Abend einen Auftrag zu besorgen gehabt?“ — „Gewiß, einen Logenstift in die Oper für den jungen Baron!“ — „Das Bureau der Oper liege aber nicht in der Feldgasse. Dort sei er gesehen worden.“ — „Das müßte eine Personenverwechslung sein!“ — „Man wisse das besser. Wer ihm die Schriften gegeben, die er dem Dr. Heim überbrachte?“ — „Der Barock wechselte die Farbe. So war also Alles entdeckt. Aber er läugnete hartnäckig. „Er wisse Nichts von Schriften, kenne keinen Dr. Heim.“ —

„Und doch sei er mit diesem schon einmal, vor fast Jahresfrist, auf dem Baugrunde zusammengetroffen, als er eine junge Dame verlockt, ihm zu folgen!“ — Jetzt malte sich die Bestürzung so sichtbarlich auf des frechen Lügners Zügen, daß der Obercommissär hoffen konnte, mit einem geschickten Coup die Wahrheit herauszubringen. — „Sehen Sie dorthin!“ rief er mit zürnender Betonung.

Tom — wie ihn Hugo nannte, während er eigentlich Alois Jolch hieß — wandte verblüfft den Kopf. Seine Blicke trafen auf die Elvirens, welche mittelst telegraphischen Signales herbeigerufen und bestimmt worden war, leise durch die Nebenthüre zu treten. — Bei ihrem Anblicke verlor der Glende für einen Augenblick die Fassung. — Während das entrüstete Mädchen ihn aber nun mit Bestimmtheit als denjenigen agnoscirte, der gestern unter falschem Vorwande die verhängnisvollen Schriften überbracht, der vordem Elvire selbst in einem niederträchtigen Hinterhalt gelockt hatte, suchte sich der Entlarvte wieder zu sammeln. — Lügner, der Anklage frech die Stirne bietet, war immerhin das Beste. Im äußersten Falle konnte er sich ja dann noch immer hinter die Befehle seines Herrn salbiren, denen er als treuer Diener fraglos nachgekommen.

Aber seine Halsstarrigkeit ward bald auf eine härtere Probe gestellt. Demüthig, angstgefüllt traten, auf ein Zeichen des Obercommissärs, jene Zeugen ein, welche den Verkauf zweifelsohne gestohlenen Gutes durch Tom nachweisen sollten. Bei ihrem Anblicke schrad der Freche denn doch zusammen. — Mittlerweile hatte Redlich aber ein neues Telegramm an einen der Detectives entandt. In lakonischer Kürze lautete es: — „Den jungen Farrenheim sogleich zu mir bitten! Unweigerlich!“ — Denn er hatte einen Blick auf die Silberlöffel geworfen und auf deren Stielen die eingeprägte Freiherrnkrone, sowie die Buchstaben H. F. wahrgenommen.

Nun traf den Verstoßten Schlag auf Schlag. Der Jude und die anderen Käufer der von Tom gestohlenen Gegenstände suchten wohl den Verdacht der Hehlerei von sich zu wälzen, bestätigten aber in ihrer Angst einstimmig, in dem hier befindlichen Jolch den Verkäufer zu erkennen. Der Detective, der ihn beim Löffelverkaufe attrapirt, trat ein, beschuldigte ihn, gutherzig schmunzelnd, jenes Verbrechen und freute sich, die „werthe Bekanntschaft“ mit dem Diebe, der sich seiner schützenden Hand damals durch die Flucht entzogen, erneuern zu können. Die gestohlenen Löffel selbst wurden nun ganz aus ihrer Hülle genommen und dem arg in der Klemme Befindlichen vorgewiesen. — So erkannte dieser endlich all' sein Lügner fruchtlos und suchte sich nur dadurch noch zu retten, daß er angab, die Gegenstände im Auftrage des „jungen Barons“ verkauft zu haben.

Zum lähmenden Schrecken Tom's trat aber gerade in diesem Augenblicke Hugo v. Farrenheim ein. — Der hatte keine Ahnung von dem hier Vorgefallenen. Elvire hatte sich wieder zurückgezogen. So sah Hugo nur seinen bleichen, erregten Jolch, dessen Ankläger, die Polizei-Organe. Es wurde ihm auch bloß mitgetheilt, daß man seiner Zeugenschaft bedürfe. Er möge wahrheitsgemäß ausagen, ob diese Löffel sein Eigenthum, ob ihm Uhr und Wäschestücke abhanden gekommen seien — oder ob er, der Angabe des Jolch's gemäß, dieselben mit dem Verkaufe besagter Gegenstände betraut habe. — Natürlich jagte der schon durch die Nähe so „widerlicher“ Personen übel berührte und durch die „Anmaßung“, ihn zu citiren, verletzte Aristokrat diesmal kurzweg die Wahrheit. Von dem Verluste der Löffel, der Wäsche hatte er kaum Kenntniß gehabt; aber er erkannte sie als sein Eigenthum. Die Uhr hatte er verloren gewähnt. Daß ihn der für so treu gehaltene Diener bestohlen, empörte ihn. Ohne Schonung gab er diesen nun dem Gelege preis.

Da begann Tom's Antlitz in argem Grimm zu glühen. Seine Augen schleuderten Blicke auf Den, dem er so manchen gefährlichen Dienst geleistet hatte und der ihn nun so „undankbar und thöricht“ verließ. — Verloren war er: das erkannte Tom sofort! Dann aber sollte auch Hugo

verloren sein. Rache an diesem zu nehmen, war der einzige Gedanke, der ihn befeelte.

Hohnlachend rief er daher dem Obercommissär zu, daß er nun Alles bekennen wolle. Und er gestand in der That offenherzig und mit Angabe der winzigsten Umstände nicht nur seine Diebereien ein, sondern auch die Schurkenstreiche, zu welchen er sich vom „jungen Baron“, sowie gestern von Sr. Excellenz selbst, hatte verleiten lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Wiener Börse vom 8. Januar.

	Geld	Baare
Öproc. Papier-Rente	69.15	69.25
ditto in Silber	73.75	73.85
ungarische Grundentf.-Oblig.	76.25	77.—
lebenbürgische	76.50	77.—
Weingebent-Abtöfungs-Oblig. 100 fl.	74.—	74.25
1864er Staatsloose 100 fl.	131.50	132.—
1860er ganze	111.90	112.10
1860er Fünftel	121.—	122.—
Credit 100 fl.	162.50	163.—
Apct. Dampfschiff 100	94.50	95.—
Diner 40	27.50	28.—
Graf Salm 40	38.50	39.—
„ Bálffy 40	26.75	27.—
„ Clary 40	28.25	28.75
„ St. Genois 40	29.50	30.—
„ Waldstein 20	22.50	23.50
„ Reglevid 10	14.—	14.50
Rudolfsloose 10	13.60	14.—
Ungar. Prämien-Anlehen	76.25	76.75
Lärtenloose voll eingezahlt	21.80	22.20
Nationalbank	900	902
Creditanstalt öst. zu 160 fl.	189.—	189.25
Credit a. u. z. 200 fl. öproc.	175.50	176.—
Anglo-Austrian 500 fl. Silber	90.50	91.—
Anglo-Hungarian 200 fl. Silb. 40proc.	35.50	36.50
Franco-Austrian	29.50	30.—
„ Hungarian	30.—	30.50
Nordbahn 1000 fl.	1790	1800
Staatsbahn	293.—	294.—
Pemberg-Tzernowitz-Zast	138.75	39.—
Ung. Nordbahn	113.25	113.75
Ung. Südbahn	40.—	40.50
Siebenbürger Bahn	108.—	109.—
Ungar. Eisenbahnanlehen	99.75	100.—
Rand-Ducaten	5.44	5.46
Öst.-ung. 8 fl.-Goldst.	9.20	9.21
20-Markstück	11.40	11.42
20-Francstück	9.20	9.21
Silber	105.60	105.75

Angekommene in Preßburg

am 9. Januar.

Grüner Baum. H. S. Weinger, Kaufm., Wien. B. Baumeister, Mechaniker, Wien. v. Szerdabely, Hofrath, Budapest. Wenzl, Husland und v. Bauer, Priv., Wien. v. Novotny, Gutsbes., Bruck a. d. L. Stern, Kaufm., Prag. C. Kalman, Subrichter, Szeicz. Graf und Gräfin Kaday, Gutsbes., Debreczin. Graf Bas, Gutsbes., Budapest.

Hotel National. H. J. Rosenfeld, Hauptschullehrer, Tirnau. B. Rosenfeld, H. Pollak und Sonnensfeld, Kaufm., Wien. A. Samel, Geschäftsm., Neutra. J. Samel, Kaufm., Tirnau. G. Rabenberger, Maschinist, Wien. Franzisik, Gutsbes., Ofen.

Meteorologische Beobachtungen vom 8. Januar.

Zeit	Barometer auf Meereshöhe in Millim.	Thermometer in Celsius in Schatten	Windrichtung in Millim.	Windstärke in Millim.	Relativfeuchte in Prozenten	Windrichtung in Millim.	Windstärke in Millim.	Windrichtung in Millim.	Windstärke in Millim.
7 U. M.	761.06	-12.8	1.4	84	ND	1	SS	3	
2 „ „	761.04	-9.4	1.6	75	S	1	S	2	
9 „ „	759.09	-13.0	1.4	84	ND	1	S	2	

Zwongebalt: während der Nacht 10, während des Tages 0.

Kataster-táblák

magyar-német vagy tót-német nyelven most is mint több év óta új kiadásban Angermayer Károly

(ez előtt Schreiber Alajos)

könyvnyomdájában

Venturteza 107 sz. Pozsonyban nagyban és kicsinyben, a legjutányosb áron kaphatók.

Katastertabellen

in ungarisch-deutscher oder slavisch-deutscher Sprache sind wie seit vielen Jahren auch jetzt in neuer Auflage in Carl Angermayer's Buchdruckerei (vormals Alois Schreiber)

Venturgasse Nr. 107 in Preßburg, im Großen und Kleinen billigt zu beziehen.

Abendstempel sind auch die neuen vor-schriftsmäßigen

Besitzveränderungs-Tabellen

zu bekommen.

Einladung

an die p. t. Actionäre der Actiengesellschaft:

I. Pressburger Leichenbestattungs-Anstalt

(Elsö pozsonyi temetkezési intézet.)

Im Sinne der §§. 36 und 59 der Statuten beedtet sich der geleertigte Präses die p. t. Herren Actionäre zu der

Sonntag den 23. Januar 1. J., Vormittags 10 Uhr,
im städt. Repräsentantensaal abzubaltenden

V. ordentlichen Generalversammlung

böflichst einzuladen.

Gegenstände der Verhandlung sind:

1. Erstattung des Geschäftsberichtes pro 1875.
2. Vorlage der Bilanz pro 1875.
3. Genehmigung der Jahresrechnung und Bestimmung der Dividende pro 1875.
4. Wahl von 4 Ausschußmitgliedern.
5. Wahl von 3 Rechnungs-Censoren pro 1876.
6. Abänderung der Statuten im Sinne des neuen Handelsgesetzes.
7. Verhandlung über etwaige Anträge einzelner Actionäre (§. 46).

Nach §. 37 der Statuten hat sich jeder Actionär, der sich bei der Generalversammlung theiligen will, durch Vorweisung der Actie zu legitimiren.

Jeder Actionär, der bei der Generalversammlung persönlich zu erscheinen verhindert ist, kann einen andern Actionär zu seiner Vertretung bevollmächtigen. Frauen können durch ihren Ehegatten, Minderjährige und Curanten durch ihren Vormund und Curator, Geschäftshäuser durch ihre Geschäftsführer, und Simultan-Eigenthümer durch Einen aus ihrer Mitte vertreten werden, wenn diese auch nicht Actionäre sind.

Kein Actionär kann laut §. 21 im eigenen und Vollmachtsnamen mehr als 10 Stimmen in sich vereinigen.

Preßburg, den 7. Januar 1876.

Pauschenwein, Präses.